

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

NEUNTES JAHR
MAI 1958

WILLI EICHLER

Die große Aufgabe der Gewerkschaften

Vor Jahresfrist machten achtzehn deutsche Atomphysiker die Öffentlichkeit auf die ungeheure Gefahr aufmerksam, die in der Verwendung ihrer Forschungsergebnisse für die Waffentechnik liegt. Sie weigerten sich, an diesem Werk mitzuarbeiten. Auf diesen Protestschritt gab es zwei grundverschiedene Reaktionen. Viele Menschen begrüßten ihn. Sie waren dankbar, von hervorragend sachverständigen Menschen auf Entwicklungen hingewiesen zu werden, die leicht zu einem Ende mit Schrecken für alle werden konnten. Andere fühlten sich in ihrer „Kompetenz“, unsere politischen Geschicke zu lenken, bedroht. Sie waren offenbar der Auffassung, daß die Atomphysiker sich um ihre Wissenschaft kümmern sollten, daß aber die Waffentechnik, die „Weiterentwicklung der Artillerie“ zur interkontinentalen Rakete mit Atomsprengkopf oder zur Wasserstoffbombe, sie nichts angehe. Über diese Entwicklung hätten sie kein „fachmännisches“ Urteil. Der Schuster hätte bei seinen Leisten zu bleiben.

Eine ähnliche Antwort läßt sich erwarten, und sie ist gelegentlich schon angedeutet worden, wenn auch die *Gewerkschaften* ihre Kräfte einsetzen, um gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zu protestieren und damit eine gefährliche Entwicklung abstoppen zu helfen. Man wird, manchmal vielleicht guten Glaubens, sagen, die Aufgabe der Gewerkschaften sei doch die Vertretung der sozialen, lohnpolitischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Wehrpolitik, Rüstungsfragen und zwisdienstaatliche Beziehungen zu entscheiden aber sei Aufgabe des Parlaments, der Regierung und der politischen Parteien. Von Seiten der Gewerkschaften einen „Druck“ auf das Parlament auszuüben, indem man etwa „die Straße mobilisiere“, sei mit dem Wesen eines demokratischen Staates unvereinbar.

*

Damit wird wieder die schwierige Frage aufgerollt, ob wir uns in unserer gesellschafts-politischen und verfassungspolitischen Wirklichkeit der „Herrschaft der Verbände“ nähern, ob also unser Schicksal durch den Machtkampf mehr oder weniger mächtiger Gruppen entschieden wird, die Sonderinteressen verschiedenster Art befriedigen wollen. Daß viele solcher Versuche unternommen werden und oft auch gelingen, ist bekannt. Sie bestehen darin, daß die „Verbände“ ihr sachverständiges Wissen und oft auch die Zahl

ihrer Mitglieder (die ja Wähler sind) in die politische Waagschale werfen, um Abgeordnete, politische Parteien und Mitglieder der Ministerialbürokratie zu beeinflussen, oder daß sie Parteien finanziell und damit politisch von sich abhängig machen. Die Tätigkeit dieser „Pressure Groups“ in unser demokratisches Leben vernünftig einzugliedern, ist bisher keineswegs gelungen. Es bedarf noch des sorgfältigen Studiums dieser Aktivität und ihrer Wirkungen.

Unabhängig aber von jeder allgemeinen Beurteilung solcher „Pressure Groups“ steht die Frage, ob die Gewerkschaften wirklich nur „eine von den vielen“ Gruppen sind, die nur ein bestimmtes Sonderinteresse, wenn auch einer relativ großen Zahl von Menschen vertreten.

*

Den „Sonderinteressen“ von gesellschaftspolitischen Gruppen der verschiedensten Art stehen die gesamtpolitischen Ziele der Parteien gegenüber — nicht einfach entgegen! Die Parteien sind im demokratischen Staat ihrem Sinn nach darauf aus, an die Macht, also an die Regierung, zu kommen. Dort aber sind sie nicht — oder sollen sie nicht sein — Vertreter bestimmter Sonderinteressen. Die Regierung eines demokratischen Staates hat für einen gerechten Ausgleich *aller* nicht strafwürdigen Interessen zu sorgen — so gebietet es die Pflege des Gemeinwohls. Eine politische Partei muß also, wenn sie an die Regierung kommen will, den Wählern eine Gesamtkonzeption vorlegen darüber, wie sie dem Gemeinwohl dienen will. Jede Gesellschaftsgruppe, jeder „Verband“, jeder einzelne Staatsbürger muß aus dieser Gesamtkonzeption ersehen können, wieweit *seine* Interessen darin eine Rolle spielen.

Im Verhältnis der Parteien zu den Wählern erfüllen sie die Aufgabe, die ihnen auch das Grundgesetz ausdrücklich stellt, „an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“. Auch der Wähler soll zum *politischen* Denken und Handeln bewogen werden. Das heißt, er soll nicht nur auf die Befriedigung seiner eigenen Interessen ausgehen — er soll auch verstehen, daß die Interessen *aller* berücksichtigt werden müssen. Die Programme der politischen Parteien stellen Versuche solcher Staats- und gesellschaftspolitischer Lösungen dar. Die Selbstverständigung jeder Partei über ihr Programm ist der *erste* Akt politischer Erziehung und politischer Willensbildung. Im Werben der Parteien um Zustimmung der Wähler und in der ständigen Auseinandersetzung mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften, auch der „Verbände“, liegt ein weiterer Akt der politischen Willensbildung.

*

Die Gewerkschaften sind natürlich *nicht* eine politische Partei. Sie sind, bei aller Vielfältigkeit ihrer Zielsetzung, zunächst auf das Wohl der Arbeitnehmer konzentriert. Die Sorge um das Wohl dieser Gruppe der Arbeitnehmer aber schließt zwei spezifische Sonderheiten ein. Die „Gruppe“ der Arbeitnehmer ist bei weitem die größte der Gesellschaft, und die Gewerkschaften vertreten dabei nicht nur die Interessen der durch sie Organisierten; auch das Schicksal der nicht organisierten Arbeitnehmer hängt von der Tätigkeit der Gewerkschaften ab. Die zweite Sonderheit liegt darin, daß der gewerkschaftliche Kampf um das Wohl der Arbeitnehmer auch zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Konsequenzen führt, die geeignet und auch dazu bestimmt sind, unsere Wirtschafts- und Sozialverfassung neu zu ordnen. Die Demokratisierung des Staates, die dem Staatsbürger die politischen Freiheiten brachte, freie Wahlen, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Koalitionsfreiheit, Presse- und Redefreiheit — sie hat den gleichen Staatsbürger, wenn er Arbeitnehmer ist, *im Wirtschaftsprozeß* unfrei gelassen. Die Gewerkschaften kämpfen um eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts, um eine soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Verfügungsberechtigten über die Produktionsmittel, weil auch der Arbeitnehmer „das Bestreben hat, nicht Objekt einer

DIE GROSSE AUFGABE DER GEWERKSCHAFTEN

politisch gesicherten gesellschaftlichen Herrschaft, sondern Subjekt eines demokratischen Gemeinwesens zu sein“, wie *Otto Stammer* auf dem vorjährigen Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Berlin sagte.

Der demokratische Staat bleibt also solange ein Torso seiner eigenen freiheitlichen Ideen, solange dem Arbeitnehmer die Gleichberechtigung vorenthalten wird. Der Kampf der Gewerkschaften um die Mitbestimmung in der Wirtschaft ist nur eine Konsequenz dieser Erkenntnis.

Der Kampf der Gewerkschaften um die freiheitliche und gerechte Ordnung auch der Wirtschaft legitimiert sie als die radikalsten Verfechter einer sozialstaatlichen Demokratie. Solange die führenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft den Freiheits- und Gerechtigkeitsforderungen der Arbeitnehmer gegenüber so unempfindlich sind, solange muß sich jeder fragen, ob ihr demokratisches Bewußtsein wirklich stabil genug ist, allen Versuchungen undemokratischer Machtmittel zu widerstehen, wenn einmal ihre wirtschaftliche Vormachtstellung in einer sich weiterentwickelnden Demokratie und bei weiteren Erfolgen des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterbewegung ernsthaft erschüttert wird.

*

Die Arbeit der Gewerkschaften ist also sicherlich auf die „Interessenvertretung“ der Arbeitnehmer gerichtet. Aber sie ist gleichzeitig ein Kampf um die Festigung der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft. Aus dieser Zielsetzung verstehen wir unschwer die Aufgaben, denen sich die Gewerkschaften in ihrem Programm verpflichtet haben. Sie führen von der „Sicherung und dem Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten des Volkes“ über die „Pflege des Geistes der friedlichen Völkerverständigung“ zu den kulturpolitischen Forderungen einer zeitgemäßen Erziehung, Bildung und Berufsausbildung.

Damit kommen wir zu Aufgaben, die zwar nicht ausgesprochen „gewerkschaftliche“ Ziele darstellen, die aber gerade von den Gewerkschaften als besonders dringlich angesehen werden müssen, weil die Lösungen dieser Aufgaben grundlegende Bedingungen für einen vollen Erfolg der gewerkschaftlichen Bemühung sind. Ich denke dabei vor allem an drei Aufgaben. Die erste ergibt sich aus den *Bemühungen um den Frieden und die Abrüstung*, die durchkreuzt werden, wenn immer mehr nationale Armeen mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Die zweite Aufgabe stellt eine Solidaritätsverpflichtung dar: eine ausreichende Hilfeleistung für die Entwicklungsländer. Die dritte richtet sich darauf, die Jugend auf die ständig wachsenden Anforderungen vorzubereiten, die sie im Leben erwarten. Dabei geht es um Fragen der Erziehung, des Schulwesens, der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung.

*

Der „Kampf gegen den Atomtod“, wie ein überparteilicher und überkonfessioneller Arbeitsausschuß sein Programm überschrieben hat, kann heute eigentlich für keine Partei und keine gesellschaftliche Gruppe „außerhalb ihrer Ziele“ liegen. Denn *jede* Aufgabe, die menschlichem Zusammenleben dienen soll, wird sinnlos, solange ein Krieg mit Atomwaffen auszubrechen und das gesamte Leben und die Kultur auszulöschen droht. Um so größer aber ist die Verantwortung der Gewerkschaften, dem atomaren Wettrüsten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das auch erkannt und ist offenbar entschlossen, daraus Konsequenzen zu ziehen. Schon der Hamburger Bundeskongreß des DGB vom Oktober 1956 hat einen Antrag angenommen, der vom Bundesvorstand selber eingebracht war, in dem „an die Staatsmänner aller Länder“ appelliert wurde, „sofort alle Versuche mit Atom- und Wasser-

stoffbomben einzustellen und die Herstellung von Atomwaffen auf der ganzen Welt zu unterbinden“. Diese Warnung der Gewerkschaften hat nicht verhindert, daß sich die Regierung der Bundesrepublik und die Mehrheit des Bundestages für die Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen entschieden haben. Man würde sich die Diskussion zu leicht machen, wenn man auf die Proteste der Gewerkschaften gegen diesen Beschluß der Regierung antworten wollte — wie es oft geschieht —, daß die Mehrheit des Bundestages und die Regierung auf demokratisch einwandfreie Weise zustande gekommen seien. Mancher wird geneigt sein, schon dahinter ein Fragezeichen zu setzen angesichts der großen Geldmittel, die „die Wirtschaft“ den Regierungsparteien bei der Vorbereitung der Wahlen zur Verfügung gestellt hat. Aber selbst wenn wir diese Tatsache bei unserer Betrachtung völlig beiseite lassen, so bedeuten doch freie Wahlen zu einem Parlament und eine anschließende Regierungsbildung nicht, daß von da an *jeder* Beschluß der Regierung und der sie tragenden Mehrheit demokratisch legitimiert sei. Es gibt bestimmte Rechte und Grundrechte, die nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik auch durch eine Mehrheit *nicht* beseitigt werden *dürfen* — dazu gehört auch das Recht auf Leben. Und bisher ist jedenfalls, wie Meinungsforschungen einwandfrei ergeben haben, der bei weitem größte Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik (83 vH) überzeugt, daß Atomwaffen für die Bundeswehr nicht nötig sind, ihre Ausrüstung damit also zu unterbleiben habe.

Dabei geht es im wesentlichen wirklich um das Recht auf Leben. Denn, wer die Atomwaffen für die Bundeswehr ablehnt, will ja damit nicht die Sicherheit des Westens schwächen oder die Freiheit der westlichen Völker aufgeben. Im Gegenteil. Nach der Überzeugung der großen Mehrheit des Volkes wird die Sicherheit des Westens durch die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen eher geringer, weil die Möglichkeit eines Atomkrieges um so näher liegt, je mehr Nationen ihre Armeen mit Atomwaffen ausstatten. Vor allem aber macht das atomare Wettrüsten alle Versuche zunichte, zwischen den beiden Machtblöcken zu einer dauerhaften Entspannung zu kommen, ohne die der Friede auf längere Sicht überhaupt nicht erhalten bleiben wird.

Wenn heute oft argumentiert wird, die Regierungsparteien hätten durch ihre Wahl am 15. September 1957 das „Mandat“ erhalten, die Politik der Bundesrepublik zu „bestimmen“, und dazu gehöre eben auch die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen, so muß man dazu sagen: Bei den Septemberwahlen wurde der Wähler von den Regierungsparteien nicht gefragt: „Wollt Ihr Atombomben?“ Es wurde ihm aber eindeutig versprochen: „Keine Experimente!“ Wenn heute Atomwaffen für die Bundeswehr eingeführt werden, dann ist das jedenfalls *durch den Wähler nie sanktioniert worden*, aber es ist auf alle Fälle das gefährlichste Experiment, das überhaupt denkbar ist. Wenn es jedoch umstritten sein sollte, wie die Bevölkerung der Bundesrepublik über diese Frage denkt, dann soll man sie *befragen*. Es gibt jedenfalls kein rechtliches und kein demokratisches Argument, das gegen eine solche Befragung spräche. Die „Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Der Wille des Volkes allein ist die Legitimation für den Willen der Regierung. Die Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes wird in einer lebenswichtigen Frage mit guten Gründen (den Ergebnissen der privaten Meinungsforschung!) angezweifelt. Die Regierung müßte also amtlich erforschen, wie das Volk in dieser Frage denkt.

Die Gewerkschaften können in dieser Situation nicht zweifeln, wo ihr Platz ist, und sie tun es auch nicht. Demokratische Haltung erfordert heute geradezu von ihnen, auf ihre Weise alle demokratischen Kräfte zu unterstützen, die gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen auftreten. Die Erklärung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 28. März 1958 läßt über diesen Willen zur Unterstützung, wie mir scheint, keinen Zweifel zu. Er verdient tatkräftigste Zustimmung.

DIE GROSSE AUFGABE DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften kämpfen, auch im internationalen Verband, für die im Wirtschaftsleben grundsätzlich benachteiligten Arbeitenden. *Solidarität* war das Grundgefühl, das ihren Zusammenschluß und ihre Kämpfe inspirierte. Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, sollte aus diesem Grundgefühl heraus den Kampf der unterdrückten Völker um ihre Unabhängigkeit begreifen und unterstützen! Und wer ist besser in der Lage als sie, die Hilfe für die sogenannten Entwicklungsländer in Gang zu bringen, um ihnen einen besseren Start beim Aufbau einer demokratischen Ordnung und bei der Industrialisierung ihrer Wirtschaft zu verschaffen.

Hilfe für diese Länder heißt aber noch weit mehr, als einer Pflicht der Solidarität zu genügen, die ja schon darin begründet liegt, daß der Reichtum der „entwickelten“ Länder zum großen Teil auf ihrer Ausbeutung der „unterentwickelten“ Länder beruht — so daß es sich bei der Hilfe für diese Länder oft nur um eine „Wiedergutmachung“ handelt. Aber es geht im Grunde noch um weit mehr als dies. Viele der Entwicklungsländer in Asien und Afrika stehen in ihren Gefühlen heute noch zwischen „Ost“ und „West“. Sie prüfen genau, wer ihnen uneigennützig zu helfen sucht; wer politisch und wirtschaftlich für die Unabhängigkeit aller Völker eintritt, also den Kolonialismus endgültig aus seiner Politik verbannt hat; wer in seiner Politik dem Weltfrieden die größte Chance gibt.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Entwicklungsländer an die Seite des Westens gebracht werden; denn sie können den Ausschlag geben bei der Gestaltung des weltpolitischen Gewichts von „Ost“ und „West“. Niemand kann sie vorläufig zwingen, einer der beiden Seiten den Vorzug zu geben. Aber die Gewerkschaften können und sollten dazu beitragen, ja den Anstoß dazu geben, daß die Bedingungen, von deren Erfüllung die Sympathien der Völker Asiens und Afrikas abhängen, von der „westlichen“ Welt erfüllt werden.

Die Sozialistische Internationale hat den SUNFED-Plan gutgeheißen (Special United Nations Fund for Economic Development = Sonderfonds der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Entwicklung). Danach sollen alle Mitglieder der Vereinten Nationen ein Prozent ihres Volkseinkommens in diesen Fonds einzahlen. Eine besondere Kommission nimmt die Verteilung vor, bei der natürlich ausschließlich die Entwicklungsländer bedacht werden sollen. Diese Art der Sammlung und Verteilung der Hilfe nimmt ihr den Stachel des Almosens, hält private Profitjäger fern, schafft wirklich eine substantielle Erleichterung und ist eine solidarische Gemeinschaftsaktion. Die Gewerkschaften sollten sich mit aller Kraft hinter diesen SUNFED-Plan stellen, der auch das Prestige der Vereinten Nationen stärken würde, die ja auch der Wohlfahrt der Völker dienen sollen.

Vielleicht könnten die Gewerkschaften aber auch *unmittelbar* ihre Solidarität mit den Völkern und den Arbeitern der Entwicklungsländer bekunden, indem sie bei besonderen Anlässen einen Stundenlohn je Arbeiter sammeln und diese sehr ansehnliche Summe für bestimmte Zwecke den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen — etwa für ein Krankenhaus, ein Elektrizitätswerk oder eine Universität. Solche Aktionen der Solidarität würden das Band zwischen den Arbeitern Europas und Asiens und Afrikas fester schlingen als tausend gutgemeinte Sympathieerklärungen aus aller Welt.

Die Hilfeleistung „des Westens“ an die Entwicklungsländer ist bis heute nicht ausreichend in Gang gekommen. Auch die Bemühungen um den Frieden sind nicht immer eindeutig und energisch genug erfolgt und leiden unter einer Starrheit, die gerade weltpolitisch den dauernden Wandlungen der Umstände nicht gerecht wird. Vor allem aber sind die Rückfälle in koloniale Methoden (Suez, Zypern) und Brutalitäten wie die im algerischen Krieg ein unüberwindbares Hindernis für die guten Beziehungen zwischen

WILLI EICHLER.

dem „Westen“ und den Entwicklungsländern. Die Gewerkschaften kämpfen für sich und die Freiheit der ganzen Welt, wenn sie sich diesen Aufgaben mit ganzer Kraft widmen.

*

Und schließlich bleibt die Aufgabe der Erziehung, der Berufsausbildung, der Schulbildung und der politischen Bildung. Auch dies alles sind keine Sonderziele, keine Fachfragen. Erst durch ihre befriedigende Lösung kann aus der Bundesrepublik ein soziales und freiheitliches Gemeinwesen werden. Die Wichtigkeit der Berufsausbildung liegt auf der Hand, der künftige Arbeitnehmer muß mehr wissen, mehr können, erfahrener sein als seine Kollegen heute. Aber man muß ihm auch den Weg in die Hochschule öffnen, nachdem er schon einen Beruf erlernt hat. Alle Experimente mit dem *zweiten Bildungsweg*, von denen manche sich als sehr fruchtbar erwiesen haben, sollten die Gewerkschaften kräftig fördern.

Am rückständigsten ist nach wie vor die *politische* Bildung in der Bundesrepublik. Wahre politische Bildung hat mit parteipolitischen Drill, den viele dahinter vermuten, nichts zu tun, sondern soll das politische Denken und das politische Urteilsvermögen anregen und schulen, damit wir endlich von den „Lieschen Müller“ und „Peter Schmitz“ befreit werden, die der Schrecken jedes Demokraten und nur eine Schande für unser Erziehungs- und Bildungswesen sind. Sie machen in ihrer Entschlußlosigkeit und Unkenntnis jede Entscheidung des Volkes zu einem Spiel des Zufalls, statt zu einer wohlgedachten politischen Willensbekundung. Ohne eine gründliche politische Bildung aller Wähler gibt es keine funktionsfähige Demokratie *).

Alle Bildungspläne aber hängen an zwei Voraussetzungen: Wir brauchen mehr Schulen, mehr Universitäten, mehr Institute, mehr Lehrpersonal. Und wir brauchen den für seine gewaltigen Aufgaben gebildeten und ausgebildeten Lehrer. Man hat mit Recht gesagt, daß der Kampf zwischen den Kommunisten und der westlichen Welt letzten Endes in Schulen und Hörsälen entschieden werden wird. Wenn das stimmt, dann ist die Notwendigkeit, sich um die *Lehrerbildung* zu bemühen, heute längst nicht ausreichend begriffen worden. Von ihr aber hängt der Fortschritt unseres gesamten Bildungswesens ab. Keine Kosten, keine Experimente, keine Anstrengungen dürfen gescheut werden, um dem „Westen“ auf diesem Gebiet den Vorrang zu sichern.

Und dies ist eigentlich die größte und schönste Aufgabe, der auch die Gewerkschaften ihre Kräfte widmen sollten. Sie haben dafür in großem Maße Menschen, Erfahrungen und Einrichtungen (Schulen und Heimstätten) zur Verfügung und können, last but not least, selbst finanzielle Mittel aufbringen, um unter eigener Verantwortung pädagogische Experimente zu machen, die ihnen selber, dem gesamten Erziehungswesen, der Jugend und unserer Demokratie zugute kommen können.

*) Über die notwendigen Einzelmaßnahmen zur politischen Bildung des Volkes habe ich ausführlich im Januarheft 1957 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ geschrieben und muß hier darauf verweisen.

ALBERT CAMUS

Ich grüße meine Freunde des Modellstaates Israel, den Pseudo-Antikolonialisten gern zerstört sehen würden — dessen Rechte zu bestehen wir jedoch verteidigen helfen werden: wir, die wir Zeuge des Mordes von sechs Millionen Juden waren und die es richtig und passend finden, daß ihre Söhne sich das Heimatland wieder aufbauen, das wir ihnen zu geben versäumten.